

Substanzielles Protokoll 10. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. Juli 2014, 17.00 Uhr bis 18.59 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (SVP), Roberto Bertozzi (SVP), Kurt Hüssy (SVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/214](#) Weisung vom 02.07.2014: STP
Stadtkanzlei, Kreiswahlbüros, Erneuerungswahl der Mitglieder
für die Amtsdauer 2014–2018
3. [2014/159](#) Weisung vom 21.05.2014: STR
Finanzdepartement, Zusatzkredite I. Serie 2014

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

**239. 2014/208
Ratsmitglied Ruggero Tomezzoli (SVP); Rücktritt**

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Ruggero Tomezzoli (SVP 11) auf den 9. Juli 2014 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**240. 2014/195
Ratsmitglied Philipp Käser (GLP); Rücktritt**

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Philipp Käser (GLP 11) auf den 31. Juli 2014 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

241. 2014/231
Ratsmitglied Lisa Magdalena Willenegger (FDP); Rücktritt

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Lisa Magdalena Willenegger (FDP 1+2) auf den 10. Juli 2014 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

242. 2014/165
Interpellation von Andreas Kirstein (AL), Isabel Garcia (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 21.05.2014:
Bedarf an Schulraum im Schulhaus Birch, Hintergründe zur Schulraumplanung sowie weitere Optionen für die Deckung des Schulraumbedarfs

Andreas Kirstein (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Zur Beantragung der Dringlicherklärung führte der Rückzug des Postulats zur Erweiterung des Schulhauses Käferholz von Severin Pflüger (FDP) und Christian Huser (FDP). In der Interpellation geht es um die Sicherung der Schulsituation auf Oberstufenniveau im Schulkreis Glatttal. Es liegen verschiedene Vorschläge vor. Es ist wichtig, diese Debatte möglichst schnell zu führen und die Weichen zu stellen.

Der Rat wird über den Antrag am 20. August 2014 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

243. 2014/228
Interpellation von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 02.07.2014:
Verkauf eines Aktienpakets der Repower AG, mögliches Kaufinteresse der Stadt sowie allfällige damit verbundene Vorbehalte und Konsequenzen

Bernhard Piller (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Wir sind der Auffassung, dass die Frage, ob die ewz Verhandlungen über eine Teilübernahme von Aktien mit der Stromgesellschaft Repower AG führen wird, von öffentlicher Bedeutung ist.

Der Rat wird über den Antrag am 20. August 2014 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärung(en):

Karin Rykart Sutter (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zu der heute überreichten Petition, die fordert, dass das Tram 17 ganztägig verkehren soll.

G e s c h ä f t e

244. 2014/214

Weisung vom 02.07.2014:

Stadtkanzlei, Kreiswahlbüros, Erneuerungswahl der Mitglieder für die Amtsdauer 2014–2018

Der Stadtrat beantragt unter sofortiger materieller Behandlung:

1. Die vorgeschlagenen Stimmberechtigten gemäss Liste «Vorschlag Wahlbüromitglieder für die Amtsdauer 2014–2018» vom 26. Juni 2014 werden als Kreiswahlbüromitglieder für die Amtsdauer 2014–2018 als gewählt erklärt.
2. Die vierjährige Amtsdauer beginnt am 1. September 2014.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, über allfällige Wahablehnungen zu beschliessen.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Der Rat stimmt den Dispositivziffern 1–3 mit 117 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die vorgeschlagenen Stimmberechtigten gemäss Liste «Vorschlag Wahlbüromitglieder für die Amtsdauer 2014–2018» vom 26. Juni 2014 werden als Kreiswahlbüromitglieder für die Amtsdauer 2014–2018 als gewählt erklärt.
2. Die vierjährige Amtsdauer beginnt am 1. September 2014.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, über allfällige Wahablehnungen zu beschliessen.

Mitteilung an den Stadtrat, an das Zentralwahlbüro und an die Gewählten sowie amtliche Publikation am 16. Juli 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung.

245. 2014/159

Weisung vom 21.05.2014

Finanzdepartement, Zusatzkredite I. Serie 2014

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2014 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	11 277 600	12 691 000

2. Kreditübertragungen	+2 320 200	+0
	-2 320 200	-0
Zusatzkredite brutto	11 277 600	12 691 000

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	11 277 600	12 691 000
- den Kreditübertragungen von	+2 320 200	+0
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-2 320 200	-0
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-351 000	-12 000 000
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	10 926 600	691 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt die Präsidentin Rebekka Wyler (SP) die Weisung zu den Zusatzkrediten I. Serie 2014 und die Kommissionsmehrheit vor.

Rebekka Wyler (SP): Mit den Zusatzkrediten der ersten Serie werden jeweils auch die pauschal bewilligten Budgetkredite für das städtische Lohnsystem auf die Lohntitel der einzelnen Dienstabteilungen übertragen. Dazu erhält die RPK eine detaillierte Liste. Für die laufende Rechnung wurden Zusatzkredite in der Höhe von 10 926 600 Franken beantragt, für die Investitionsrechnung belaufen sich die Zusatzkredite auf 691 000 Franken. Die Höhe der Zusatzkredite ist deutlich tiefer als im Vorjahr. In den Zusatzkrediten sind einige spezielle Positionen enthalten. So konnten beispielsweise die Stellen der OIZ nahtlos besetzt werden. Auch gibt es Zusatzkredite für Planungen und Projektierungen im Baubereich. Es gibt Projekte, die früher als erwartet in Angriff genommen werden können. Und es gibt Investitionen beim Elektrizitätswerk im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen. Die RPK prüfte die beantragten Zusatzkredite und stellte zahlreiche Fragen an sämtliche Departemente. Die Antworten waren ausführlich. Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern A und B. Wir beantragen also die Bewilligung der Zusatzkredite nach der Bereinigung der Anträge und die Kenntnisnahme von Mehraufwendungen und Minderausgaben.

Kommissionsminderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Im Namen der Minderheit beantrage ich die Ablehnung der Zusatzkredite. So gut wie keiner unserer Kürzungsanträge werden unterstützt. Angesichts der Finanzlage der Stadt erachtet die Minderheit diesen mangelnden Willen zu Kürzungen als problematisch. Wir brauchen keine weiteren Ausgaben, die Finanzlage der Stadt ist schlecht. Bei vielen Anträgen wird eine Korrektur von Budgetkürzungen verlangt. Dies ist nicht der Sinn von Zusatzkrediten. Es ist durchaus möglich, dass manche Ausgaben nicht vorhersehbar sind, jedoch sind die Beschlüsse dieses Parlaments zu respektieren.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Die Stadt befindet sich in einer miserablen Finanzlage. Wir müssen darauf achten, wie wir mit den Finanzen der Stadt umgehen. Es ist unklar, wie die Stadt ihre Finanzen in den Griff bekommen möchte. Wir sollten das Budget nicht durch Zusatzkredite ausweiten. Falls unsere Anträge keine Mehrheiten finden, werden wir die Zusatzkredite ablehnen. Es ist untragbar, wenn beschlossene Budgetkürzungen über die Zusatzkredite rückgängig gemacht werden sollen.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2014 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um den Aktienkauf bei der Betriebsgesellschaft Kongresshaus Zürich AG. Bis anhin besass die Stadt 2 % der Aktien und bekam nun weitere Aktien angeboten. Wir müssen auf die Finanzen achten. Es gibt Aufgaben, die in den Bereich der Stadt fallen und es gibt solche, die Privaten obliegen. Es scheint klar zu sein, dass diese Angelegenheit keine städtische Aufgabe darstellt. Zürich würde durch den Zukauf der Aktien zu einem der Hauptaktionäre. Sie erhofft sich dadurch einen Sitz im Verwaltungsrat. Angesichts der Finanzlage und des städtischen Aufgabenbereichs ist dies unnötig. Die Aktien wurden bereits gekauft, wir finden dieses Vorgehen sehr problematisch.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Mehrheit beantragt Zustimmung zu diesem Antrag. Die Aktien wurden bereits gekauft.

S. 2	20 2000 525154	Finanzdepartement FD Zentrale Verwaltung Beteiligung an Betriebsgesellschaft Kongresshaus Zürich AG		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	476 0000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Verbesserung	476 0000		
	Begründung	Nicht notwendig.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um Abfindungsentschädigungen für zwei Inhaber von Schulpräsidien, die diesen Sommer ausscheiden. Dieses Ausscheiden war bereits letztes Jahr bekannt, deshalb hätte dies bereits im normalen Budget angekündigt werden sollen.

Walter Angst (AL): Das Problem der Abfindungen ist der RPK bekannt. Der Stadtrat wurde durch eine Motion aufgefordert, die rechtlichen Grundlagen anzupassen. Solange diese Anpassung nicht vollzogen wurde, müssen wir uns an die geltende Praxis halten.

S. 2	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	490 800		Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	490 800		
	Begründung	Ausgaben wären planbar gewesen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um das Centre Le Corbusier, das Museum Heidi Weber. Die Baurechtsdauer für das auf einem städtischen Grundstück erstellte Centre Le Corbusier, Museum Heidi Weber ist am 13. Mai 2014 abgelaufen. Der Museumsbetrieb sollte möglichst rasch wiederaufgenommen werden. Die Kostenmiete für den Museumsbetrieb wurde von der Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) Anfang Jahr berechnet. Die Kostenmiete beträgt für das Jahr 2014 101 000 Franken und für die beiden Folgejahre je 161 000 Franken. Diese Angelegenheit ist keine städtische Aufgabe.

Samuel Dubno (GLP): Ursprünglich wurde die Gründung einer Stiftung für den Museumsbetrieb geplant, nun wird ein Auftragsverhältnis vorgesehen. Da die IMMO die entsprechenden Beträge über die Miete wieder einnehmen wird, entstehen für die Stadt effektiv keine Kosten.

S. 2	15 1501 3913 0000	Präsidialdepartement Kultur Vergütung an IMMO für Raumkosten		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	101 000		Mehrheit Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	101 000		
	Begründung	Städtische Beteiligung nicht notwendig.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir sehen den Umgang mit frühzeitigen Pensionierungen kritisch. Teilweise werden die Angestellten von der Stadtverwaltung angefragt, ob sie sich frühzeitig pensionieren lassen wollen. Wir sind dafür, diese Praxis entsprechend zu überdenken. In ein Sanierungsprogramm gehören auch solche Aspekte.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Gemäss Personalreglement sind Frühpensionierungen möglich. Diese können nicht im regulären Budget eingeplant werden.*

S. 3	20 2015 3040 0000	Finanzdepartement Finanzverwaltung Personalversicherungsbeiträge		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	64 100		Mehrheit Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Verbesserung	64 100		
	Begründung	Ablehnung der Praxis von frühzeitigen Pensionierungen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *In der Stadt gibt es 20 500 Stellenwerte, die sich ungefähr auf 30 000 Mitarbeiter verteilen. Scheinbar können die beantragten 0,8 Stellenwerte von keiner bereits angestellten Person übernommen werden. Die Stadt sollte sich um die Sanierung ihrer Finanzen kümmern.*

Walter Angst (AL): *Nicht jeder städtische Mitarbeiter oder jede Mitarbeiterin kann sämtliche Aufgaben übernehmen. Das Vorgehen entspricht den Vorgaben, wir sollten diesem Antrag zustimmen.*

S. 4	20 2050 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Human Resources Management Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	66 900 5 000 8 000 200	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	80 100		
	Begründung	21 000 städtische Mitarbeiter müssten ausreichen, um die 0,8 Stellenwerte abzudecken.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Hier geht es um das Case Management. Die Kosten im Case Management steigen stetig. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Verantwortlichen die Kosten im Griff haben. Wir müssen überprüfen, ob die Einführung des Case Managements tatsächlich gut war.*

Walter Angst (AL): *Das Case Management ist aus unserer Sicht ein Erfolgsmodell. Langfristig sind die Kosten für die Allgemeinheit tiefer, wenn das Case Management weitergeführt wird.*

S. 4	20 2051 3011 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	278 500 22 700 76 900 1 500	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	379 600		
	Begründung	Zu hohe Steigerung im Case Management.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rebekka Wyler (SP): *In der OIZ konnten Stellen nahtlos wiederbesetzt werden. Deshalb beantragt der Stadtrat einen Zusatzkredit. Die OIZ liegt noch immer unter dem Sollwert.*

Walter Angst (AL): *Die beschlossene Plafonierung der Ausgaben hängt aus unserer Sicht nicht von der Anzahl besetzter Stellen ab, sondern vom Geld, das ausgegeben wird. Der Stadtrat will die beantragte Plafonierung der IT-Ausgaben nicht umsetzen, da er der Ansicht ist, dass die gestiegenen Ausgaben einen Beleg für die gestiegene Effizienz darstellen. Wir sind der Ansicht, dass eine Budgetübertragung möglich ist.*

Weitere Wortmeldung:

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Kommunikation ist unglücklich verlaufen. Die OIZ wird das Budget nicht voll ausschöpfen. Die OIZ wird durch die Ablehnung dieses Zusatzkredits abgestraft, da sie sich bemühte genau zu budgetieren. Ich kann den Antrag auch ein weiteres Mal einbringen.*

S. 4	20 2080 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	800 000 60 000 74 000 2 000	Minderheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

	Neu	0	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	936 000		
	Begründung	Auftrag der IT-Plafonierung nicht erfüllt.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 52 Stimmen zu.

Antrag 8)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Es geht hier um eine Korrektur eines Budgetentscheids. Die Mehrheit beschloss, dass die hohen Beträge, die von der Polizei zur Rekrutierung eingesetzt werden, gekürzt werden können. Die Mehrheit möchte an diesem Entschluss festhalten.

Roger Liebi (SVP): Es geht um die Sicherheit der Stadt. Wir können nicht riskieren, zu wenig Polizeipersonal zu haben. Die Sicherstellung der Sicherheit ist eine der Hauptaufgaben einer Gemeinde. Man könnte untersuchen, ob die Schwierigkeiten, die bei der Rekrutierung des Personals bestehen, mit der Leitung des Departements zusammenhängen.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Diese Ausführungen beziehen sich auf die Anträge 8 und 10. Es geht in beiden Anträgen darum, beschlossene Kürzungen rückgängig zu machen. Die SP ist der Ansicht, dass Budgetentscheidungen nur in begründeten Ausnahmefällen rückgängig gemacht werden sollen. Im vorliegenden Fall liegen keine neuen Tatsachen vor. Kürzungen verlaufen nicht schmerzlos. Wir bemühten uns um einen Mittelweg zwischen finanzpolitischer Verantwortung und zu starken Kürzungen. Bislang war die Praxis der SP zur Rückgängigmachung von Budgetentscheiden auch die Praxis des Gemeinderats. Heute gibt es eine Praxisänderung von Seiten der SVP. Diese Praxisänderung wird dazu führen, dass weitere Änderungen der Budgetbeschlüsse angestrebt werden.

Felix Moser (Grüne): Wir hinterfragen die Arbeit der Polizei kritisch. Aber es gibt nicht genügend Bewerbungen für neue Polizisten. Die Polizei erfüllt eine wichtige und anspruchsvolle Aufgabe und braucht dafür genügend Personal. Es gibt zu wenig Polizistinnen und Polizisten, die aus der Stadt kommen und die Stadt kennen. In der Werbung sollte auch die gesellschaftliche Funktion der Polizei betont werden.

Walter Angst (AL): In der Neuausrichtung der Werbung liegt das Potential für eine neue Positionierung der Polizei, die wir nicht unterbinden wollen. Sowohl die Polizei als auch die VBZ haben Mühe, genügend Personal zu finden. Die Werbung der Stadtpolizei kann verbessert werden. Auch die Optimierung braucht Geld.

Dr. Urs Egger (FDP): Wir sind mit dem Prinzip, dass Korrekturen am Budget nicht mit Zusatzkrediten durchgeführt werden sollen, einverstanden. Im Mai äusserte der Polizeivorsteher, dass es zu früh sei, die Kampagne Jobs für Secondos auszuwerten. Das Geld dafür wird jedoch bereits jetzt beantragt.

Mauro Tuena (SVP): Mit den Zusatzkrediten wird das Budget immer korrigiert. Entsprechend ist die Position der SP fragwürdig. Für die Stadtpolizei wird es immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden. Die 24-Stunden-Gesellschaft hält die Polizei auf Trab.

Guido Trevisan (GLP): Je weniger Bewerbungen es gibt, umso mehr Geld muss investiert werden. Es geht um Effizienz und um die Frage, wie das Geld investiert wird. Es gibt sehr effiziente Werbeformen, die nicht kostenintensiv sind. Die möglichen Kandidaten können beispielsweise im Militär direkt angesprochen werden.

Florian Utz (SP): Ich habe klar gesagt, dass wir Budgetkürzungen, die von der SP mitgetragen wurden, nicht korrigieren.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Die Gründe für die Ablehnung sind nicht stichhaltig. Es ist sehr schwer, geeignetes Personal zu rekrutieren. Ich habe den Eindruck, dass nicht versucht wird, zu verstehen, worum es geht. Die «Werbekampagne» für den Zusatzkredit ist suboptimal gelaufen. Wird der Zusatzkredit nicht genehmigt, wird eine Erneuerung des Polizeikorps verunmöglicht. Andere Polizeikorps können grössere finanzielle Mittel einsetzen. Wir haben weniger Bewerbungen. Die alte Kampagne ist acht Jahre alt, die neue Kampagne muss noch angepasst werden. Für die Anpassung und Umsetzung dieser Kampagne brauchen wir Geld.

S. 5	25 2520 3092 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Personalwerbung			
8)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	250 000		Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP)
	Neu	0		Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	250 000			
	Begründung	Effizienterer Mitteleinsatz.			
				Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 9)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Es soll ein neuer Masterplan zur Raumstrategie der Stadtpolizei erstellt werden. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der bisherige Masterplan auch mit internen Ressourcen angepasst werden kann. Das Polizeidepartement hat klare Vorstellungen.

Roger Liebi (SVP): Uns sind die Sicherheit und die Polizei wichtige Anliegen. Die Sicherheit gehört zu den Grundaufgaben einer Gemeinde. Zur Sicherheit gehört nicht nur

das Personal, sondern auch die Organisation. Die Stadt verändert sich, die Organisation muss an diese Veränderungen angepasst werden. Die ehemals geplante totale Zentralisierung ist nicht realisierbar, deshalb wird eine teilweise Zentralisierung angestrebt. Dafür braucht es finanzielle Mittel. Die Gründe für die Ablehnung der Zusatzkredite sind unterschiedlich. Wir finden diesen Antrag notwendig für die Sicherheit der Stadt.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht hier um Reorganisationsmassnahmen. Die Reorganisation kann intern durchgeführt werden, es braucht dafür keine weiteren Ausgaben.

S. 5	25 2520 3182 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Neu	0	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	50 000		
	Begründung	Soll mit Eigenmitteln realisiert werden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen zu.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um das forensische Institut und um die Rezertifizierung oder Erhaltung der Akkreditierung. Dieser Prozess findet alle fünf Jahre statt und ist gut planbar. Wir sind der Ansicht, dass diese Akkreditierung auch ohne externe Begleitung erreichbar ist.

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit ist der Ansicht, dass dieser Kredit gewährt werden soll. Der Betrag wurde im Budget eingestellt und durch eine Mehrheit in diesem Rat gestrichen. Das forensische Institut braucht eine ISO-Zertifizierung. Wir haben in der letzten Budgetdebatte einen Fehler gemacht und sind bereit, diesen zu korrigieren. Diese Zertifizierung ist notwendig.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Wir werfen dem Stadtrat keine Fehlplanung vor. Hier geht es nicht um die Zertifizierung an sich, sondern um die Projektbegleitung. Auf diese zusätzliche Projektbegleitung sollte angesichts der finanzpolitischen Situation verzichtet werden.

S. 5	25 2520 3186 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Entschädigungen für DLD im Zusammenhang mit Projekt- begleitung, -beratung und Organisationsentwicklung		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	50 000		
	Begründung	Externe Begleitung nicht notwendig.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 59 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Es wird versprochen, dass bei der IT-Hardware Geld eingespart wird, das für die Entschädigung für IT-Leistungen Dritter aufgewendet werden soll. Eine Kreditübertragung ist nicht möglich. Nichtsdestotrotz halten wir diesen Antrag für fragwürdig.*

Florian Utz (SP): *In diesem Fall hält sich die Polizei sinngemäss an den Entscheid des Gemeinderats. Die Polizei hat sich darum bemüht, die Mittel einzusparen. Wir erkennen den guten Willen der Polizei.*

S. 6	25 2520 3189 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	250 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	250 000		
	Begründung	Mittels Kreditübertragung realisieren.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Lärmschutz. Es geht um einen Termin im Jahr 2018. Bis dahin müssen Bundesmittel gebraucht werden, um sie für diese Aktivitäten zu erhalten. Dieses Datum ist noch weit entfernt, wir finden nicht, dass der Prozess beschleunigt werden muss.

Florian Utz (SP): Im Zusammenhang mit dem Lärmschutz gibt es zwei Vorgaben. Einerseits muss die Lärmsanierung von Strassen bis 2018 abgeschlossen sein und andererseits müssen Anpassungen an der Quelle gegenüber Lärmschutzfenstern Priorität haben. Der Lärmschutz ist ein wichtiges Anliegen, eine Sanierung an der Quelle erscheint der Mehrheit sinnvoll. Sanierungen an der Quelle wirken auch, wenn die Lärmschutzfenster offen sind, sie führen zu einer Verbesserung der Luftqualität und zu mehr Sicherheit. Der Entscheid wirkt sich auch in finanzieller Hinsicht positiv aus. Der Bund zahlt lediglich bis 2018 einen Viertel der Sanierungskosten. Ab 2018 sind auch rechtliche und finanzielle Nachteile für die Stadt zu befürchten.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Wir lehnen diesen Zusatzkredit aus glaubwürdigen und stringenten Gründen ab.

Markus Knauss (Grüne): Der Lärmschutz ist in der Stadt ein wichtiges Thema. Viele Leute leben an Strassen, die zu laut sind. Wir haben zwei Sanierungsfristen unbenutzt verstreichen lassen, der Bund hat nun eine letzte Frist gesetzt. Die Stadt arbeitet bislang ziemlich mangelhaft. Im Kreis 2 wurde die Sanierung an der Quelle effizient durchgeführt. In den Stadtkreisen 7, 9, 10 und 11 wurden die Massnahmen schlecht umgesetzt. 99 % der Betroffenen müssen für die Lärmsanierung selbst aufkommen. Der Zusatzkredit ist dringend notwendig.

S. 7	30 3045 3180 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	200 000		
	Begründung	Angegebener Zeitdruck rechtfertigt externe Unterstützung nicht.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 45 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um Geräte und den Service der Geräte und Maschinen. Diese Maschinen sind scheinbar plötzlich in einem sehr schlechten Zustand. Dies wurde offensichtlich erst jetzt bemerkt. Es wurde mit Serviceverträgen argumentiert, die sich auf Nachfrage der RPK als teure Dienstleistungen herausstellten. Es hätte früher festgestellt werden sollen, in welchem Zustand sich die Maschinen befinden.

Andrea Nüssli (SP): Die Maschinen und Geräte wurden mutmasslich aus Kostengründen schlecht gewartet. Nun besteht Nachholbedarf.

Weitere Wortmeldung:

Thomas Schwendener (SVP): Diese Wartung und der Unterhalt der Maschinen sind planbar. Wir müssen schauen, ob sich die Kosten senken lassen. Die Serviceverträge sind fragwürdig und teuer.

S. 7	40 4040 3151 0106	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	160 000		Mehrheit Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	160 000		
	Begründung	Effizienterer Mitteleinsatz, Serviceverträge sind planbar.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Auch hier geht es um die Reparaturkosten von Geräten und Maschinen. Stossend ist die Höhe des Vertrags. Die Budgethoheit liegt beim Gemeinderat. Eine Beantragung eines Zusatzkredits mit der Begründung, dass dieser Betrag im Budget abgelehnt wurde, kann nicht unterstützt werden.

Andrea Nüssli (SP): Bei genauer Betrachtung der Zahlen stellt man fest, dass der Betrag bereits in der Rechnung 2013 fehlte. Dieser Zusatzkredit ist gerechtfertigt. Durch die Verzögerung des Erneuerungszyklus entstehen höhere Kosten. Bei der Budgetierung war unklar, wie viele zusätzliche Kindergärten und Horte neue Geräte brauchen werden.

S. 7	40 4040 3151 0204	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Schule		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	350 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	350 000		
	Begründung	Budget ist einzuhalten.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Debatte wird unterbrochen (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 11, Beschluss-Nr. 245/2014).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

246. 2014/241 Postulat von Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 09.07.2014: Ausbau des Angebots an öffentlichen Elektrogrills

Von Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 9. Juli 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das bestehende Angebot an öffentlichen Elektrogrills auf weitere Standorte ausgebaut werden kann.

Begründung:

Attraktive Parkanlagen fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und beleben die Stadt Zürich massgeblich.

Die zwei bisher installierten Elektrogrills am Zürichhorn und beim Gemeinschaftszentrum Wollishofen erfreuen sich in der Bevölkerung, vor allem bei jüngeren Personen, grosser Beliebtheit und werden sehr gerne bestimmungsgemäss genutzt. Die Nutzungsmöglichkeiten von Parkanlagen werden durch Elektrogrills erweitert und die Rasenflächen vor Brandflecken durch Einweggrills geschützt. In diesem Sinne wäre es wünschenswert, dass auch an weiteren Standorten, wie beispielsweise dem Arboretum, Elektrogrills erstellt würden.

Die entstehenden Kosten für das Bereitstellen der Elektrogrills gleichen die Instandsetzungskosten der Schäden von Einweggrills aus. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement beziffert diese mit CHF 300.-- pro Brandloch.

Mitteilung an den Stadtrat

247. 2014/242

**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Cordula Bieri (Grüne) vom 09.07.2014:
Autobahnzubringer Seebach, Verlängerung der Überdeckung bis zur Kreuzung
Birchstrasse/Glattalstrasse**

Von Matthias Probst (Grüne) und Cordula Bieri (Grüne) ist am 9. Juli 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie der Deckel auf dem Autobahnzubringer Seebach (Birchstrasse) bis zur Kreuzung Birchstrasse/Glattalstrasse verlängert werden kann.

Begründung:

Die Stadt plant zurzeit ein Alterszentrum und eine Wohnsiedlung im Eichrain (GR Nr. 2014/67). Dieses grenzt an den oben erwähnten Strassenabschnitt der Birchstrasse. Durch die Realisierung einer Überdeckung würde eine Fläche gewonnen werden, auf der Sportanlagen, Parkanlagen oder gar Wohnraum realisiert werden könnten. Eine Überdeckung würde die Planung des Alterszentrum und der Wohnsiedlung Eichrain massgeblich beeinflussen, da damit die Hauptlärmquelle in diesem Gebiet wegfallen würde. Es macht daher Sinn, wenn diese Überdeckung jetzt geprüft wird.

Mitteilung an den Stadtrat

248. 2014/243

**Interpellation von Christine Seidler (SP) und Linda Bär (SP) vom 09.07.2014:
Zentrumslasten der Stadt, Hintergründe zur finanziellen und strukturellen Benachteiligung sowie Möglichkeiten zur besseren Einflussnahme auf kantonaler und nationaler Ebene**

Von Christine Seidler (SP) und Linda Bär (SP) ist am 9. Juli 2014 folgende Interpellation eingereicht worden:

Zürich ist attraktiv und wächst. Die Bevölkerungszunahme und die steigende Zahl der Arbeitsplätze führen zu einem Ausbau der städtischen Verwaltungsaufgaben und erfordern vermehrte Investitionen in die Infrastruktur. Die Kernstadt Zürich ist seit 1999 um 25'000 Einwohnerinnen gewachsen und ist Zentrum der einwohnerstärksten Agglomeration der Schweiz. Die Ausstrahlung der Stadt Zürich ist überregional, die wirtschaftliche Wertschöpfung gross. Daraus ergeben sich aber nicht nur Vorteile, sondern auch Probleme und Herausforderungen. Besonders zu erwähnen sind dabei das Bevölkerungswachstum und die damit einhergehende Wohnungsnot, die Gesundheitspolitik, der Sozialbereich sowie die zunehmenden Belastungen in den Bereichen Umwelt und Verkehr. Oft sind damit grosse Kosten verbunden, für die der Begriff der «Zentrumslasten» geprägt wurde. Er bringt zum Ausdruck, dass erstens die Kosten pro Einwohner/-in in der Kernstadt höher sind als in den umliegenden Gemeinden, und zweitens, dass die Kernstadt teilweise Kosten trägt, die direkt oder indirekt den Umlandgemeinden bzw. deren Einwohnerinnen und Einwohnern zugute kommen. Hinzu kommt, dass Kanton und Bund den Gemeinden immer mehr Lasten überwälzen, man denke beispielsweise an die neue Spital- und Pflegefinanzierung. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Solidarität der ländlichen Regionen gegenüber den Zentren zunehmend abnimmt, was sich in Volksabstimmungen deutlich abzeichnet. Bei kantonalen Abstimmungen oder Beschlüssen – dies gilt sowohl für den Kantonsrat als auch in Volksabstimmungen – politisieren die ländlicheren Regionen und ihre Vertreterinnen und Vertreter mit wenig Verständnis für die Anliegen der Zentren.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Schweizer Städte im Allgemeinen und die Stadt Zürich im Speziellen finanziell und strukturell benachteiligt sind? Wenn ja, was sind die zentralsten Benachteiligungen? welche Konsequenzen entstehen der Stadt Zürich daraus? welche Zentrumslasten sind zentral und was sind die schwierigsten Herausforderungen diesbezüglich?
2. Was gäbe es für Möglichkeiten, die Position der Stadt Zürich auf kantonaler und nationaler Ebene zu stärken?
3. Wie hoch ist der aktuelle Anteil der Stadt Zürich am kantonalen BIP?
4. Wäre die Gründung eines Halbkantons "Stadt Zürich" in den Augen des Stadtrates eine denkbare Lösung für die aktuellen Probleme unserer Stadt?
5. Was wären die (finanziellen, strukturellen, legislativen, rechtlichen, insbesondere steuerrechtlichen,

- planerischen usw.) Vor- und Nachteile eines solchen Halbkantons, welche Freiheiten würden der Stadt Zürich daraus erwachsen?
6. Könnte das zusätzliche Gewicht auf Bundesebene (unter anderem durch Erhalt eines Ständeratssitzes, Erhalt von Sitzen in Direktorenkonferenzen und anderen interkantonalen Gremien usw.) auch anderweitig erreicht werden, und wie?
 7. Wie kann die Stadt Zürich, abgesehen von der Vision /Utopie eines Halbkantons, mehr Einfluss in Bereichen wie beispielsweise der Verkehrspolitik, der Raumplanung, der Steuerpolitik oder der Strommarktpolitik und -strategie gewinnen?
 8. Hält es der Stadtrat für denkbar, dass sich weitere umliegende Gemeinden für Lösungsansätze zu Gunsten eines strukturellen Gleichgewichts, eventuell auch zusammen mit der Stadt Zürich, engagieren würden?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

- 249. 2014/137**
SK FD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Dr. Mario Babini (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 7. Juli 2014):

Roger Liebi (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

- 250. 2014/142**
SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Sven Oliver Dogwiler (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 7. Juli 2014):

Katharina Widmer (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

- 251. 2014/84**
Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) vom 19.03.2014:
Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der Dreiwiesenstrasse und der Birmensdorferstrasse, Angaben über Unfallzahlen und Unfallursachen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 583 vom 2. Juli 2014).

- 252. 2014/113**
Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne), Andreas Edelmann (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 02.04.2014:
Schaffung von Zonen mit Anordnungen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Rahmen des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG), Anwendung der neuen Option in der Stadt

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 589 vom 2. Juli 2014).

Nächste Sitzung: 9. Juli 2014, 20.30 Uhr